

Im Ministerium für Gesundheitswesen fehlt gleichfalls eine intensive operative Tätigkeit zur Verhinderung von Republikfluchten. Es wurden eine Reihe Hinweise an die unteren Organe gegeben und Kommissionen zur Rückgewinnung gebildet, aber die Hinweise werden nicht kontrolliert und die Tätigkeit der Kommissionen ist eingeschlafen.

Ähnlich ist es auch in den anderen Einrichtungen des Staatsapparates. So ist z.B. nur vom Bezirkstag Neubrandenburg ein Maßnahmenplan zur Verhinderung und Eindämmung der Republikflucht bekannt.

In Bezirk Magdeburg wurde bisher noch nichts unternommen, den seit längerer Zeit bereits bestehenden Beschluß der Bezirksleitung zu verwirklichen, wonach Partei- und Staatsfunktionäre Kontakte mit dem medizinischen Personal herstellen sollen, um ihre persönlichen Sorgen und Nöte kennenzulernen. Der Bezirk ist deshalb immer noch Schwerpunkt der Republikflucht von freipraktizierenden Ärzten.

Vom Bundesvorstand des FDGB wurde am 20.3.58 eine Direktive über die Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf gegen die Republikfluchten an alle Bezirks- und Kreisvorstände des FDGB gegeben, die aber wegen mangelnder Konkretheit, fehlender Kontrolle und Anleitung in über 2 1/2 Jahren im wesentlichen wenig Wirksamkeit hatte und bei einem großen Teil der unteren Gewerkschaftsorganisationen nicht einmal bekannt ist. Im Kreis Wittenberg/Halle ist diese Direktive z.B. in allen Betrieben unbekannt.

Zahlreiche an die Organe des Staatsapparates gegebene Hinweise werden nicht beachtet. Z.B. wird das von den Mitarbeitern der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises Hettstedt ständig damit begründet, daß sie andere Arbeiten zu erledigen hätten. Selbst wiederholte Rücksprachen mit dem Leiter für Inneres und dem stellv. Vorsitzenden des Rates des Kreises waren erfolglos und bezeichnend ist, daß die auf Beschluß des Büros der SED-Kreisleitung gebildete Kommission für Fragen der Republikflucht bekämpfend ihre Tätigkeit einstellte.